

Molitor, Bernhard

Article — Digitized Version

Konjunkturaussichten in der EWG für das Jahr 1972

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Molitor, Bernhard (1972) : Konjunkturaussichten in der EWG für das Jahr 1972, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 2, pp. 78-82

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134363>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konjunkturaussichten in der EWG für das Jahr 1972

Bernhard Molitor, Brüssel

Insgesamt ist in den EWG-Ländern nach mehreren Jahren eines übersteigerten Booms im Laufe des Jahres 1971 eine deutliche konjunkturelle Beruhigung eingetreten¹⁾. Dennoch kam es zu keiner durchgreifenden Dämpfung des Lohn- und Preisanstiegs. Zwar zeichnete sich in der zweiten Jahreshälfte unter dem Druck der nachlassenden Nachfrage und der Baisse für einige wichtige industrielle Rohstoffe und Halbwaren auf den Weltmärkten im Bereich der Erzeugerpreise eine Stabilisierungstendenz, teilweise sogar ein Rückgang ab, doch sind die Lebenshaltungskosten in allen Mitgliedsländern weiter sehr rasch gestiegen. Sie waren gegen Jahresende 1971 in den EWG-Mitgliedsländern um 4,5% (Italien) bis 8,5% (Niederlande) höher als ein Jahr zuvor.

Die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1972 wird vor allem von drei Faktoren bestimmt werden:

- von den Wirkungen der Neufestsetzung der Währungsrelationen in Washington und der Lösung der noch anstehenden internationalen Währungs- und Handelsprobleme;
- von der weiteren Entwicklung der Investitionsneigung der Unternehmer in der Gemeinschaft;

Dr. Bernhard Molitor ist Direktor für Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten und für Konjunktur bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften. In dem vorliegenden Beitrag äußert der Autor seine persönliche Ansicht.

von den konjunkturpolitischen Möglichkeiten, den in fast allen Mitgliedsländern zu beobachtenden Tendenzen einer Konjunkturverlangsamung wirksam entgegenzusteuern, ohne daß damit Fortschritte in Richtung auf eine Stabilisierung des Preisniveaus in Frage gestellt werden.

Ungelöste Währungsprobleme

Die Vereinbarungen von Washington haben teilweise die Unsicherheit beseitigt, die auf den internationalen Währungs- und Handelsbeziehungen lastete. Es bestehen seitdem wieder feste Währungsrelationen. Die Aufhebung des im August von den Vereinigten Staaten eingeführten Sonderzolls und der diskriminierenden handelspolitischen Maßnahmen haben die Gefahr eines Handelskrieges erheblich reduziert. Dies ist im Interesse einer stetigen Ausweitung des internationalen Handels zu begrüßen, zumal das Wirtschaftsklima in den meisten Industrieländern immer ungünstiger wurde.

Es wäre allerdings ein Irrtum, anzunehmen, daß damit bereits alle Probleme gelöst seien. Der erwartete Rückfluß von spekulativem Kapital nach den Vereinigten Staaten hat bisher noch nicht eingesetzt. Die Probleme der Finanzierung von Defiziten in der Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten und einer eventuellen Konsolidierung von bestehenden Dollarguthaben sind noch nicht gelöst. Die Ausweitung der Bandbreiten auf $\pm 2,25\%$ mag zwar einen gewissen Schutz gegen übermäßige zinsinduzierte Kapitalbewegungen bieten, das Problem unerwünschter umfangreicher spekulativer Kapitalströme besteht jedoch weiter.

¹⁾ Damit entspricht die tatsächliche Entwicklung den Erwartungen. Vgl. Bernhard Molitor: Konjunkturaussichten in der EWG für 1971. In: WIRTSCHAFTSDIENST, 51. Jg. (1971), H. 2, S. 77 ff.

Selbst eine begrenzte Konvertibilität des Dollars konnte bisher nicht wiederhergestellt werden. Die angestrebte Reform des internationalen Währungssystems, bei der es insbesondere um die Rolle der verschiedenen Reservemedien und die Vergrößerung der Aktionsmöglichkeiten des Internationalen Währungsfonds geht, ist bisher fast nur Gegenstand allgemeiner Erklärungen, aber noch keiner ernsthaften Diskussion zwischen den Beteiligten.

Sicherlich stellt es einen erheblichen Fortschritt dar, daß statt einseitiger handelspolitischer Maßnahmen Handelsverhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und ihren wichtigsten Handelspartnern geführt werden. Dennoch besteht nach wie vor eine erhebliche Unsicherheit, die sich allerdings mit jedem Schritt, mit dem eines der Probleme einer Lösung nähergebracht wird, vermindert.

Rascheres Wachstum in den USA

Die Aussichten für die Weltkonjunktur sind zwar nach der Konferenz in Washington offensichtlich etwas besser geworden. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß die Neufestsetzung der Wechselkursrelationen in den nächsten zwei Jahren die bisher sehr starke Ausweitung des Welthandelsvolumens, die vor allem durch den unrealistischen Wechselkurs des Dollars bedingt war, bremsen dürfte. Die relativ günstigen Wachstumsbedingungen in den Vereinigten Staaten werden infolge der Abwertung des Dollars nicht mehr in so starkem Maße Impulse auf den Welthandel ausüben, wie dies in früheren Perioden raschen Wachstums der Wirtschaft in den Vereinigten Staaten der Fall war.

Das reale Bruttosozialprodukt der USA, das 1971 um rd. 3% zugenommen hat, dürfte sich weiter kräftig erhöhen. Die Hauptimpulse werden voraussichtlich von der Zunahme des privaten Verbrauchs ausgehen, die durch die in der letzten Zeit ergriffenen Maßnahmen – insbesondere die Abschaffung der Kaufsteuer von 7% für Automobile und das vorzeitige Inkrafttreten der Einkommensteuerbeträge im Januar 1972 – zusätzlich gefördert wird. Außerdem ist zu erwarten, daß sich bei steigender Beschäftigung die Sparneigung der privaten Haushalte, die im Herbst vorigen Jahres einen neuen Rekordstand seit 1946 erreicht hat, wieder normalisiert. Darüber hinaus werden die öffentlichen Verbrauchsausgaben stärker expandieren. Die kräftige Expansion im Wohnungsbau wird aller Voraussicht nach anhalten. Ferner ist anzunehmen, daß die allgemeine Belebung der Aktivität mit einem lebhafteren Lageraufbau einhergehen wird.

Unsicherheit besteht noch hinsichtlich der Investitionstätigkeit der Unternehmen. Immerhin ist es wahrscheinlich, daß sich im Laufe des Jahres 1972 – unter dem Einfluß steigender Gewinne – eine gewisse Besserung der Investitionsneigung abzeichnet. Dabei dürften auch von der beschlossenen 7%igen Steuervergünstigung für den Erwerb von Ausrüstungsgütern anregende Wirkungen ausgehen. Die jüngsten Unternehmerbefragungen zeigen bereits, daß die Unternehmer bei ihren Investitionsplanungen wieder optimistischer geworden sind. So beabsichtigte im Januar die private Wirtschaft, ihre Investitionsausgaben 1972 insgesamt um rd. 9% zu steigern, wobei die Industrieunternehmer allerdings nur mit einer Zunahme um 4% rechneten.

Insgesamt könnte das reale Bruttosozialprodukt 1972 um 5–6% zunehmen. Trotz des rascheren Wirtschaftswachstums dürfte aber der Abbau der Arbeitslosigkeit nur langsam vor sich gehen. Die Preisentwicklung, die bereits vor dem Beschluß der amerikanischen Regierung, die Löhne und Preise einzufrieren, Zeichen einer deutlichen Beruhigung aufwies, dürfte in den kommenden Monaten weiterhin recht ruhig verlaufen. Allerdings ist nicht auszuschließen, daß nach Aufhebung des „wage and price freeze“, der zunächst bis April 1972 befristet ist, die Preisentwicklung wiederum einen Sprung nach oben macht.

Die Handelsbilanz dürfte sich voraussichtlich verbessern, insbesondere wenn man davon ausgeht, daß der Dollar in den Währungen der wichtigsten Handelspartner spürbar niedriger bewertet wird. Gewichtet mit den Exporten beläuft sich die Abwertung gegenüber allen anderen OECD-Ländern auf 7,2%. Gegenüber den EWG-Ländern allein beläuft sie sich auf 9,9%. Außerdem werden die Ausfuhren durch die Einführung der „disc“ (domestic international sales corporation) steuerlich begünstigt werden. Allerdings ist es sehr unwahrscheinlich, daß die laufende Zahlungsbilanz 1972 bereits einen Aktivsaldo aufweisen wird.

Expansionstendenzen in Großbritannien

In Großbritannien dürfte die sich seit dem zweiten Halbjahr 1971 abzeichnende Wiederbelebung, die allerdings bis jetzt nur recht zögernde Fortschritte machte, zunächst weiter verstärken. Entscheidender Motor dürfte dabei der private Verbrauch sein, der durch Steuererleichterungen und die Lockerung der Teilzahlungsbedingungen begünstigt wird. Auch der Wohnungsbau wird weiterhin recht dynamisch verlaufen. Die öffentlichen Investitionen dürften kräftig zunehmen, zumal die Regierung vor kurzem eine Ausweitung der öffentlichen Programme zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit in die Wege geleitet hat.

Dagegen werden von den Investitionen der privaten Unternehmen vorerst keine stärkeren Impulse ausgehen. Die im Januar veröffentlichten Ergebnisse der Investitionsbefragungen in der Industrie lassen sogar einen leichten Rückgang im Jahre 1972 erwarten. Dennoch ist es nicht auszuschließen, daß ein Nachlassen des Drucks der Lohnkosten und die günstigeren Absatzchancen, die der Eintritt Großbritanniens in die Gemeinschaft für die britischen Unternehmen eröffnet, diese dazu veranlassen werden, ihre Investitionspläne nach oben zu revidieren.

Insgesamt könnte das reale Bruttosozialprodukt 1972 unter der Voraussetzung, daß es zu keinen größeren Arbeitskonflikten kommt, um 3–3,5% zunehmen, gegenüber rd. 1,5% im Jahre 1971. Bei sich voraussichtlich verlangsamender Expansion der Exporte und eher beschleunigtem Wachstum der Einfuhren dürften die Überschüsse in der Handelsbilanz, die in den beiden Vorjahren kräftig gewachsen sind, 1972 wieder geringer ausfallen.

In den übrigen Industrieländern dürfte sich dagegen insgesamt das Wachstum 1972 weiter abschwächen. Die erwartete Belebung in Japan wird wahrscheinlich durch die Wirkungen der amerikanischen Maßnahmen erheblich verzögert werden, selbst wenn die Binnennachfrage von der Regierung weiter angekurbelt wird. Nur in Kanada dürfte sich das Wirtschaftswachstum in raschem Tempo fortsetzen.

Abschwächung der Investitionstätigkeit

Angesichts dieser Perspektiven werden vom Weltmarkt wohl kaum in nennenswertem Umfang neue Impulse auf Produktion, Beschäftigung und Einkommen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ausgehen. Wenn trotzdem eine leichte Steigerung des Exportvolumens zu erwarten ist, so vor allem deshalb, weil Produktionskapazitäten frei werden und deshalb die Unternehmer stärker in den Export drängen könnten.

Denn vieles spricht dafür, daß 1972 die Expansion der Inlandsnachfrage weniger dynamisch ausfallen wird. Dies gilt in besonderem Maße für die Investitionen. Die bereits 1971 in fast allen Ländern der Gemeinschaft verzeichnete Abschwächung der Investitionsneigung der Unternehmer dürfte vorerst anhalten.

In mehreren Mitgliedsländern, namentlich in der Bundesrepublik Deutschland, in Belgien und in den Niederlanden dürften die Investitionsausgaben preisbereinigt sogar absolut spürbar sinken. Bestimmend ist dafür in erster Linie der starke Druck auf die Gewinnmargen, der von dem an-

haltend starken Anstieg der Lohnkosten je Produkteinheit ausgeht. Zwar ist in jüngster Zeit der Lohnauftrieb in den meisten Mitgliedsländern etwas schwächer geworden, doch sind andererseits infolge der spürbar verlangsamteten Produktionsausweitung die Produktivitätsfortschritte nur noch gering. Nach ersten noch sehr vorläufigen Schätzungen der Dienste der Kommission sind die Lohnkosten je Produkteinheit in nationaler Währung 1971 in Italien um rd. 12,5%, in der Bundesrepublik um 10,5%, in Belgien um 9%, in den Niederlanden um 7,5% und in Frankreich um 6% gestiegen. Berücksichtigt man die Wechselkursveränderungen, so beläuft sich der Anstieg in Dollar in der Bundesrepublik auf 14,5%, in Italien auf 13,5%, in Belgien auf 11,5%, in den Niederlanden auf 11% und in Frankreich auf 6%.

Tabelle 1

Anlageinvestitionen der Industrie

(Veränderung der Werte gegenüber dem Vorjahr in %) *)

	Realisa- tionen 1970	Absichten 1971	Geschätzte Realisa- tionen 1971	Absichten 1972
Deutschland	+ 23	+ 5	+ 2	— 5
Frankreich	+ 32	+ 16	+ 13	+ 5
Italien	+ 38	+ 40	+ 25	+ 17
Belgien	+ 50	—	— 2	—
Luxemburg	+ 64	+ 17	+ 35	+ 7

*) Nach den Ergebnissen der Ende 1971 durchgeführten EWG-Investitionsbefragung bei den Unternehmern, die den größten Teil der Industriebranche umfaßt, mit Ausnahme des Bergbaus und der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Es sind jedoch im allgemeinen nicht die Investitionen der öffentlichen Unternehmen begriffen wie z. B. Eisenbahn, Post, Elektrizität. Der Begriff „Investitionen“ wird in dem gleichen Sinn wie in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verwendet. In Belgien werden die Absichten nur in qualitativen Tendenzangaben ausgedrückt.

Hinzu kommt, daß die Gewinnmargen vor allem in der BRD, in den Niederlanden und in der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion durch die Verschiebung der Währungsrelationen, die in den genannten Ländern zu einer spürbaren Höherbewertung ihrer Währungen gegenüber ihren Handelspartnern geführt hat, zusätzlich eingeengt wurden. In mehreren Ländern sind 1971 die Eigenfinanzierungsmittel der Unternehmen sogar absolut rückläufig gewesen. In der BRD dürften die gesamten Eigenfinanzierungsmittel (unverteilte Gewinne, Abschreibungen und Kapitalübertragungen) des Unternehmenssektors (ohne Wohnungsbau) 1971 um etwa 14–16 Mrd. DM gesunken sein, während sie bisher in den letzten 12 Jahren nur einmal, nämlich 1963, einen absoluten Rückgang aufwiesen, und zwar in einer Größenordnung von 500 Mill. DM. Diese negativen Faktoren werden mindestens vorläufig wohl kaum von den Investitionsanreizen aufgewogen, die von dem Zwang zur Rationalisierung, den günstigeren Möglichkeiten, sich leichter und billi-

ger Fremdkapital zu beschaffen, und den zusätzlichen Absatzchancen ausgehen, die sich aus dem Beitritt Großbritanniens und anderer Länder sowie den Abkommen mit den übrigen Staaten der EFTA nach dem 1. Januar 1973 ergeben werden.

Zunahme der öffentlichen Investitionen

Die Investitionsneigung der Unternehmer dürfte vor allem in der BRD, in den Niederlanden und in der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion nachlassen, so daß in diesen Ländern mit einem fühlbaren Rückgang der realen Anlageinvestitionen der Unternehmen zu rechnen ist, während sie in Frankreich immer noch merklich steigen werden. In Italien könnte sich unter dem Einfluß der in den letzten Monaten von der Regierung ergriffenen Maßnahmen die gegenwärtig sehr geringe Investitionsbereitschaft der Unternehmer im Laufe des Jahres 1972 zunehmend erholen.

Im Gegensatz zur privaten Investitionstätigkeit werden in allen Mitgliedsländern der Gemeinschaft – mit Ausnahme in den Niederlanden – die öffentlichen Investitionsausgaben sehr beträchtlich zunehmen. Dafür sprechen nicht nur die im zweiten Halbjahr 1971 in Angriff genommenen Investitionsvorhaben der öffentlichen Hand und die Haushaltsplanungen für 1972, sondern es ist darüber hinaus auch damit zu rechnen, daß in mehreren Ländern zusätzliche öffentliche Ausgabenprogramme beschlossen werden, wenn die private Investitionstätigkeit – erwartungsgemäß – schwach ausfallen sollte. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß in mehreren Mitgliedsländern die Baukapazitäten in relativ hohem Maße durch die fühlbar wachsenden Ausgaben für den Wohnungsbau in Anspruch genommen werden.

Nachlassende Dynamik der privaten Verbrauchsausgaben

Relativ dynamisch dürfte unter dem Einfluß der immer noch rasch steigenden Löhne und Gehälter sowie der Sozialleistungen die Expansion der privaten Verbrauchsausgaben bleiben. Immerhin könnte auch hier schon relativ bald eine spürbare Verlangsamung des Anstiegs eintreten. Einmal ist die Zunahme der Tariflöhne und -gehälter in mehreren Mitgliedsländern, namentlich in der Bundesrepublik Deutschland, in jüngster Zeit etwas schwächer geworden, zum anderen dürfte die Lohndrift erheblich nachlassen und vom Anstieg des Beschäftigungsvolumens geringere Impulse auf die Einkommensexpansion ausgehen. Darüber hinaus könnte die Sparneigung der privaten Haushalte bei einer weiteren Auflockerung

der Arbeitsmärkte weiter steigen. Da außerdem zu befürchten ist, daß der Auftrieb der Verbraucherpreise erst sehr spät auf die veränderte Konjunkturkonstellation reagieren wird, dürfte die Relation zwischen Zunahme des privaten Verbrauchs in jeweiligen Preisen und der volumenmäßigen Zunahme ungünstiger ausfallen als in den beiden Vorjahren.

In Frankreich dürfte die Expansion der nominalen Verbrauchsausgaben relativ am kräftigsten sein. In Italien könnte sie sich im Zuge einer allgemeinen Konjunkturverbesserung verstärken. Hier ist im übrigen zu berücksichtigen, daß im Herbst die meisten der in der zweiten Jahreshälfte 1969 abgeschlossenen Mehrjahrestarifverträge erneuert werden müssen und wegen des Auslaufens einer Reihe weiterer kollektiver Arbeitsverträge die – gemessen an der Zahl der betroffenen Arbeitnehmer – größte Tarifrunde der Nachkriegszeit ansteht.

Das Jahresregister 1971
der wirtschaftspolitischen Monatsschrift
WIRTSCHAFTSDIENST
liegt für unsere Leser bereit.
Auf Anforderung senden wir
es Ihnen gern kostenlos zu.

Einbanddecken
für den 51. Jahrgang 1971
WIRTSCHAFTSDIENST
können zum Preis von DM 6,50
bezogen werden durch:

VERLAG WELTARCHIV GMBH
2 HAMBURG 36
NEUER JUNGFERNSTIEG 21

Angesichts dieser Perspektiven für die Nachfrageentwicklung wird der Anstieg des realen Brutto- sozialprodukts 1972 sicherlich geringer ausfallen als in den beiden Vorjahren. Eine Wachstumsrate von 3,5 bis 3% scheint nach den Vorausschätzungen der Dienste der Kommission der Europäischen Gemeinschaften gegenwärtig eine realistische Hypothese. Dabei dürfte die Zunahme in Frankreich merklich über dieser Spanne liegen, während das Wachstum in der BRD und in Luxemburg voraussichtlich spürbar niedriger sein wird.

Geringe Manövrierfähigkeit der Konjunkturpolitik

Insgesamt ergäbe sich nach diesen Vorausschätzungen für die Gemeinschaft die niedrigste Wachstumsrate für die Produktion, die jemals seit 1958 verzeichnet wurde. Damit stellt sich die Frage, ob, wann und in welcher Form die Expansion stimulierende Maßnahmen wünschenswert sind.

Die Manövrierfähigkeit der Konjunkturpolitik wird durch zwei wesentliche Faktoren eingeengt: einmal durch die nur teilweise behobene währungs- und handelspolitische Unsicherheit und zum anderen durch den immer noch sehr kräftigen Lohn- und Preisanstieg. Werden nicht in beiden Richtungen spürbare Fortschritte gemacht, so ist die Gefahr außerordentlich groß, daß expansive Maßnahmen verpuffen. Über die Möglichkeiten einer Lösung der Währungs- und Handelskrise wurde bereits oben gesprochen. Rasche Fortschritte in dieser Richtung sind auch eine wichtige Vorbedingung dafür, daß die Wirtschaftspolitik den konjunkturellen Abschwächungstendenzen rechtzeitig mit Erfolg gegensteuern kann.

Ohne ein konjunkturkonformes Verhalten der verschiedenen sozialen Gruppen wird eine nennenswerte Mäßigung des Kosten- und Preisauftriebs kaum schon bald erreicht werden können.

Solch ein Verhalten entspräche im übrigen durchaus ihrem eigenen Interesse. Denn eine Fortsetzung des Verteilungskampfes, der sich in einem anhaltenden Lohn- und Preisauftrieb niederschlagen würde, hätte zur Folge, daß die Risiken eines spürbaren Konjunktur- und Beschäftigungseinbruches schnell zunehmen. Eine Flucht nach vorn, d. h. die Idee, im Interesse eines höheren Wachstums eine kräftige Inflationsrate zu akzeptieren, widerspräche nicht nur den stabilitätspolitischen Zielen, die sich alle Mitgliedstaaten gesetzt haben, und würde neuer Sand in das Getriebe der wirtschaftlichen Steuermechanismen bedeuten, sondern müßte über kurz oder lang gerade in den Ländern, deren internationale Wettbewerbsposition durch das Realignement der Wechselkursparitäten beschnitten wurde, wirtschaftlich erhebliche Nachteile haben.

Es ist eine wichtige Erfahrung fast aller Länder in den vergangenen Jahren, daß die Politik des „gradualism“, d. h. eine langsame, schrittweise Intensivierung konjunkturpolitischer Maßnahmen, nur wenig erfolgreich war. In den Ländern der Gemeinschaft gelang es nicht, damit die konjunkturellen Übersteigerungstendenzen rechtzeitig unter Kontrolle zu bringen. Deshalb muß man sich fragen, ob eine ähnliche, wenn auch umgekehrt ausgerichtete Politik in einem Konjunkturabschwung erfolgreich sein kann oder ob es nicht besser ist, im Hinblick auf inzwischen verkrustete Inflationsmentalitäten expansive Maßnahmen noch etwas hinauszuzögern, diese dann aber um so energischer zu gestalten. Dies schließt selbstverständlich nicht aus, daß bereits vorher Restriktionsmaßnahmen der neuen Lage angepaßt werden, ohne daß es sich dabei um ein Umschalten auf einen ausgesprochenen Expansionskurs handelt²⁾.

2) Angesichts der nun schon mehr als zwei Jahre anhaltenden Konjunkturschwäche in Italien ist in diesem Lande bereits seit einiger Zeit eine energische Expansionspolitik angebracht.

Tabelle 2
Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen und Angebot

	1969 1)	1970 2) 4)		1971 2) 4)		1972 3) 4)
	Mrd. RE 5) in laufenden Preisen	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %				
		Volumen	Werte	Volumen	Werte	Volumen
Bruttoanlageinvestitionen	101,9	+ 8,5	+ 18,6	+ 3	+ 10	+ 0,5
Öffentlicher Verbrauch	60,0	+ 4,1	+ 11,7	+ 4,5	+ 15	+ 3
Privater Verbrauch	253,0	+ 6,1	+ 10,8	+ 5	+ 10,5	+ 3,5
Bruttosozialprodukt	430,0	+ 5,6	+ 12,2	+ 3,5	+ 10	+ 2,5
Außenbeitrag (Mrd. RE 5)	5,3		+ 4,6		+ 5,5	+ 6,0

1) SAEG, Allgemeine Statistik, 1971, Nr. 6. 2) Schätzungen der Dienststellen der Kommission; abgerundet. 3) Vorausschätzungen der Dienststellen der Kommission; abgerundet. 4) Zusammenfassung der Aggregate der einzelnen Mitgliedsländer für die Gemeinschaft insgesamt anhand der amtlichen Währungsparitäten 1970. 5) 1 RE = 1 Rechnungseinheit = 0,888671 g Feingold.

Quelle: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Vierteljahresbericht 1-1972, „Zur Wirtschaftslage der Gemeinschaft“.